



Wo stehen wir? Wie soll es weitergehen? –
Wiederaufbaudialog in Bad Münstereifel

Diese Fragen sollten beim Wiederaufbaudialog am 20.11.2021 von verschiedenen Akteuren beantwortet werden. Neben der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, Ina Scharrenbach und der Aufbaukoordinator des Landes NRW, Dr. Fritz Jaeckel standen auch Vertreter*innen der Wirtschaft und der Infrastrukturen auf dem Podium, um die Fragen der Teilnehmenden zu beantworten. Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Landrat Markus Ramers. Er betont, dass er nicht gedacht hätte, was bis heute alles geschafft wurde und dass man in einer Umgebung wie der Innenstadt von Bad Münstereifel noch über Erdboden gehen muss um in die Turnhalle des St. Michael Gymnasiums zu gelangen. Diese mehr als offensichtlichen Herausforderungen können nicht alleine bewältigt werden, so Ramers. Deshalb sind alle für die Hilfe vom MHKBG und vor allem den anwesenden Vertretern*in Frau Ministerin Scharrenbach und Herrn Dr. Jaeckel dankbar. Ramers formuliert die aktuellen Herausforderungen als Gemeinschaftsaufgabe. Hierbei stehen auch Aufgaben bevor, welche über die kommunale Ebene hinausgehen wie beispielsweise die Entwicklung von Hochwasserschutzkonzepten. Beim Wiederaufbaudialog sollten die Fragen im Mittelpunkt stehen, die der Kreis Euskirchen nicht alleine beantworten und lösen kann.



Ministerin Ina Scharrenbach im Dialog mit den Kommunen. Foto: Dagmar Berens; Medienzentrum Euskirchen

Mit diesen Worten übergab der Landrat das Wort an Frau Bürgermeisterin Sabine Preiser-Marian, Bad Münstereifel. In ihrer Begrüßung zeigt sie deutlich, wie sehr sie das Schicksal ihrer Stadt auch immer m. Dennoch hat sie nicht nur Zerstörung und Schmerz gesehen, sondern auch eine Welle der Solidarität und Gemeinschaft sowie die große Hilfsbereitschaft durch Ehrenamtliche. Nun geht es darum, dass die Schäden erfasst, bilanziert und priorisiert werden, so Preiser-Marian. Es stehe ein weiterer Kraftakt bevor: Der Wiederaufbauplan, der Grundlage für die finanziellen Unterstützung aus dem Wiederaufbaufonds ist. Doch trotz aller Hürden und Herausforderungen zeige sich im Wiederaufbau eines ganz deutlich:

„Wir hier in der Eifel, wir geben nicht auf!“

Bad Münstereifel soll gestärkt aus der Krise hervorgehen. Jetzt gehe es darum Dinge nicht nur wiederherzustellen, sondern auch zu verbessern. So soll das Pflaster des historischen Stadtkerns behindertenfreundlicher werden, die Straßenlaternen sollen WLAN-fähig werden und Elektrofahrzeuge laden können. Bad Münstereifel soll eine Smart City 2.0 werden: digitaler, moderner, jünger, grüner und dabei den Charme des historischen Ortskernes bewahrend. Für dieses Vorhaben sieht auch die Bürgermeisterin viel zusätzliche Arbeit, für welche die Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes dringend benötigt werde.

Mit diesem Blick nach vorne begannen Frau Ministerin Scharrenbach und Herr Dr. Jaeckel ihre Impulsvorträge. Frau Ministerin Scharrenbach bedankt sich zunächst bei den engagierten Mitarbeiter*innen in den beteiligten Behörden und Unternehmen für alles, was in den letzten vier Monaten entstanden ist. Den Kreis Euskirchen habe es in NRW am schlimmsten getroffen. Die Schadenssumme belaufe sich auf bislang 864 Millionen Euro. Trotz des immensen Schadens konnte die Grundversorgung mit Trinkwasser, Strom und Telekommunikation in

weiten Teilen wiederhergestellt werden, so Ministerin Scharrenbach. Der Bund hat den betroffenen Ländern innerhalb von acht Wochen einen Wiederaufbaufond in Höhe von 30 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Seit dem 17. September konnten bereits 7,7 Millionen Euro als Privathilfe bewilligt werden. Auch der kommunale Wiederaufbauplan sei ein sehr einfaches Verfahren. Es reiche eine Grobkostenschätzung zur Bewilligung, erläutert Frau Ministerin Scharrenbach, die erst im Nachhinein für den mittelabruf zu konkretisieren ist. Nach dieser kurzen Begrüßung übergibt Frau Ministerin Scharrenbach das Wort an Herrn Dr. Jaeckel. Sie möchte im Folgenden die Zeit nutzen um auf die Fragen der Kommunen einzugehen. Herr Dr. Jaeckel stimmt der Ministerin zu. Er betont, dass alle zu Spezialisten für Wiederaufbau bei komplexen Hochwasserkatastrophen geworden seien. Er hebt hervor, dass auch auf Seiten des Ministeriums die Arbeit auf Hochtouren laufe:

„Jede Frage wird innerhalb von 24 Stunden beantwortet.“

Man spüre deutlich, dass in der Landesverwaltung alle engagiert sind, um die Kommunen und Kreise zu unterstützen. Man sehe schon deutliche Entwicklungsschritte und es werde mit Sicherheit gelingen das Stadtbild der einzelnen Kommunen wiederherzustellen. Nach den Impulsen durch Frau Ministerin Scharrenbach und Herrn Dr. Jaeckel standen beide für Fragen aus dem Plenum zur Verfügung.

Frau Monika Frohn der IHK Aachen: Aus den Gesprächen mit Unternehmen haben sich mehrere Fragen ergeben. Es müsste eine Härtefallregelung für Unternehmen geben, welche erst vor 2-3 Jahren gegründet wurden und somit keine Einkommensausgleiche erhalten können, da die Berechnungsgrundlagen fehlen.

Frau Ministerin Scharrenbach: Das haben wir bereits adressiert. Ein Startup kann die geforderten fünf Jahre nicht abbilden. Es soll deshalb eine Härtefallregelung entwickelt werden, bei der die Ausgleiche eventuell durch die Spenden finanziert werden können.

Frau Frohn: Was passiert mit Unternehmen, bei denen alle Steuerunterlagen verloren gegangen sind und keine Nachweise mehr vorliegen?

Frau Ministerin Scharrenbach: In diesen Fällen sollten die betroffenen Betriebe mit der Finanzverwaltung ins Gespräch kommen und die bisherigen Leistungen rekonstruieren.



Achim Blindert. Foto: Dagmar Berens; Medienzentrum Euskirchen

Frau Frohn: Bei einigen Unternehmen ist das Inventar zu alt um einen Marktwert zu ermitteln. Wie kann der Wert in der Schadensregulierung ermittelt und erstattet werden?

Herr Dr. Jaeckel: Circa 10% aller Unternehmen haben ein solches Problem. Beispielsweise bei Medizin- oder Optikerprodukten. Wir werden mit dem Wirtschaftsministerium gemeinsam an dieser Problematik arbeiten.

Frau Frohn: Viele Unternehmen können noch keine Bezifferung der Schäden einreichen, weil es an Gutachtern mangelt. Nicht? Zertifizierte Gutachter werden nicht akzeptiert. Wäre es möglich ausgebildeten Fachkräften mit einer Zulassung auszustatten, um den Engpass zu

verringern? In manchen Fällen wird von Gutachtern Vorkasse verlangt, welche von manchen Unternehmen nicht geleistet werden kann. Gibt es dafür eine Lösung?

Herr Dr. Jaeckel: Im privaten Bereich ist es bereits so, dass Ausgleiche bewilligt werden können, ohne dass ein Schadensgutachten vorliegt. Ob das auch für Unternehmen möglich sein wird, wird momentan innerhalb des Ministeriums diskutiert. Abgesehen davon sollen in Zukunft auch Sachverständige geduldet werden, die nicht vereidigt sind. Sollten Sachverständige Vorkasse verlangen können kann ein direkter Kontakt hergestellt werden, um den Sachverhalt zu klären.

Herr Grutke aus dem Kreistag Euskirchen: Die Bautrockner, die momentan laufen um den Wohnraum zu trocknen, haben sehr hohe Energiekosten von durchschnittlich 200 Euro. Wie können die zusätzlichen Energiekosten über die Wiederaufbauhilfe abgerechnet werden?

Herr Dr. Jaeckel: Wir werden intern abstimmen, dass die erhöhten Energiekosten durch Bautrockner und andere Geräte förderfähig gemacht werden.

Herr Caya aus dem Stadtrat Euskirchen: Es gibt viele Menschen, die ihr Unternehmen verloren haben und es jetzt nicht mehr aufbauen können oder wollen. Diese Menschen bekommen momentan keine Unterstützung.

Frau Ministerin Scharrenbach: Die Bewilligung von Schadensersatz setzt voraus, dass man das Unternehmen wiederherstellt. Jemand der sich dazu entscheidet sein Unternehmen nicht wieder aufzubauen, wird auch in Zukunft keinen Schadensersatz erhalten.

Herr Poth: Zum 31.12.2021 läuft die Frist zur Geltendmachung der Entsorgungskosten ab. Wird es eine Verlängerung geben?

Frau Ministerin Scharrenbach: Ja, die Frist wird bis zum 30.06.2022 verlängert. Bis dahin sollten dann aber auch alle Rechnungen vorliegen.

Herr Poth: Es gibt in der Förderrichtlinie eine Haltungsfrist von fünf Jahren nach Unterstützungsempfang. Kann es bei dieser Regelung Ausnahmen geben?

Frau Ministerin Scharrenbach: Mit dieser Richtlinie soll ein gewinnbringender Verkauf nach Annahme der Wiederaufbauhilfen verhindert werden. Für den Fall, dass die Kommunen Grundstücke kaufen und für den Hochwasserschutz verwenden, soll es möglicherweise eine Härtefallregelung geben. Hier sind wir momentan in enger Abstimmung mit Rheinland-Pfalz. Dabei soll vor allem die persönliche Situation der Menschen betrachtet werden. Bei alten oder sozialschwachen Menschen würde ein solches Vorgehen durchaus Sinn machen. Man muss immer abwägen zwischen Einfachheit und Sicherheit.

Herr Poth: Können Schäden die aktuell noch nicht erkannt wurden nachgereicht werden?

Frau Ministerin Scharrenbach: Es muss unterschieden werden zwischen unmittelbaren Schäden und solchen die erst beim Wiederaufbau erkannt werden. Deshalb reicht vorerst eine Grobkostenschätzung. Sobald man Rechnungen vorlegen kann sollte man diese nachreichen. Weitere Schäden können in einem Änderungsantrag nachgereicht werden.

Herr Kupp, Leiter des BZE Euskirchen: Wir wollen das BZE zukunftsgerecht wiederaufbauen. Wir wollen raus aus dem Hochwassergebiet auf eine freie Wiese. Das gestaltet sich jedoch schwierig, weil es keine zentrale Person gibt, die uns bei unseren Fragen unterstützt. Wird es eine zentrale Stelle geben, welche solche Fragen beantworten kann?

Frau Ministerin Scharrenbach: In solchen speziellen Fällen sollen Fördermittel kombiniert werden können. Bei Fragen dazu ist der Stab



Wiederaufbau im MHKBG Ansprechpartner. Dieser koordiniert die zuständigen Ministerien.

Herr Blindert, Allgemeiner Vertreter des Landrats: Ein Wunsch wäre ein Förderlotse der bei individuellen Fragen unterstützt. Wird es so eine Beratung für die Kommunen geben?

Frau Ministerin Scharrenbach: Der Stab Wiederaufbau bemüht sich alle Fragen zu beantworten. Abgesehen davon wird es ein Projekt mit Senior Experten geben, die beim Wiederaufbau unterstützen sollen. Die Bundesverwaltung hat auf Bitten der betroffenen Länder 50 Personen abgeordnet die in betroffenen Kommunen und Kreise unterstützen können.

Frau Preiser-Marian, Bürgermeisterin Bad Münstereifel: Die Krise soll als Chance genutzt werden. Können hier Masterpläne für die Zukunftsentwicklung in den Kommunen auch mit der Städtebauförderung kombiniert werden?

Frau Ministerin Scharrenbach: Es gibt verschiedene Fördertöpfe und diese sollten in den Masterplänen so gut es geht kombiniert werden. Aus der Katastrophe heraus soll die große Chance wachsen Städte neu zu gestalten und ein deutliches Plus zu erzeugen.



Landrat Markus Ramers mit Ministerin Ina Scharrenbach. Foto: Dagmar Berens; Medienzentrum Euskirchen

Im Anschluss an den lebhaften Dialog mit Frau Ministerin Scharrenbach und Herrn Dr. Jaeckel werden die Vertreter der Wirtschaft gebeten die aktuelle Lage und einen Blick in die Zukunft zu geben. Diskutanten sind Monika Frohn, IHK Aachen, Peter Deckers, Handwerkskammer Aachen, Heinrich Brockerhoff, Landwirtschaftskammer Aachen, Düren, Euskirchen und Rainer Imkamp, Agentur für Arbeit Brühl. Frau Frohn berichtet von 2500 betroffenen Unternehmen und insgesamt 1100 Beratungsfällen. Diese Beratungen betreffen oftmals komplexe Fragen, so Frohn. Zahlreiche Firmen können noch keine Anträge stellen, weil es nicht genügend Gutachter gibt oder diese Vorleistungen von den Unternehmen verlangen. Trotz der Hilfe für die Unternehmen durch Kommunen, Kammern oder andere Organisationen komme es zu Liefer- und Terminengpässen bei Handwerkern. Die Wiederaufnahme der innerstädtischen Gewerbebetriebe laufe nicht zeitsynchron. Vermieter und Pächter müssten bessere Absprachen treffen, damit sich kein städtebauliches und strukturelles Problem ergebe. Unternehmen bräuchten außerdem einen Förderscout, da sie selten Erfahrungen mit dem „Förderdschungel“ haben.

Herr Imkamp berichtet, dass es der Kreis Euskirchen trotz der Pandemie und dem Hochwasser geschafft habe die Arbeitslosenzahlen auf Dauer stabil zu halten. Hierbei habe vor allem das Kurzarbeitergeld eine große Rolle gespielt. Es habe dennoch Auswirkungen auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt gegeben. Seit dem Hochwasser stehe der Ausbildungsmarkt nahezu still.

„Es gibt keine Messen, keine Tage der offenen Tür und kaum weitere Informationsveranstaltungen mehr. Die Berufsvorbe-



reitung muss wieder als gemeinsame Aufgabe aufgenommen werden“

so Herr Imkamp. Die Beratung von Jugendlichen solle wieder verstärkt in Schulen ermöglicht werden. Der limitierende Faktor der Betriebe ist, laut Herr Imkamp, der Fachkräftemangel. In den nächsten 20 Jahren werden 50 % aller Fachkräfte in den Ruhestand gehen. Diese herausfordernde Situation sieht auch Landrat Ramers. Er plädiert darauf die Schulen zukunftsfähig wiederaufzubauen und die berufliche Zukunft im Kreis nach vorne zu bringen. Man müsse die jungen Menschen in der Region halten. Herr Ramers bittet die Unternehmen in diesem Zusammenhang zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.



Rainer Imkamp bittet um verstärkte Beratung von Jugendlichen bei der Berufsfindung. Foto: Daamar Berens; Medienzentrum Euskirchen

Herr Deckers kann hier nur zustimmen. Im gesamten Gebiet sind 900 Handwerksbetriebe von der Flut betroffen. Etwa 500 Betriebe sind aktuell in Fördergesprächen. Jedoch haben es erst neun Betriebe geschafft einen Antrag einzureichen, da es einen großen Engpass bei Sachverständigen gibt, betont Herr Deckers. Außerdem seien nicht alle Betriebe über das Förderverfahren des Wiederaufbauplans informiert. Er appelliert an die Kommunen und den Kreis, über diese Möglichkeiten aktiv zu informieren. Um die Engpässe im Handwerk zu

überbrücken schlägt Herr Deckers vor, dass Handwerker aus anderen Regionen aushelfen. Für diese müsse jedoch noch ein Anreiz geschaffen werden, wie beispielsweise kostenlose Hotelübernachtungen oder Verpflegung.

Herr Brockerhoff sieht die Landwirtschaftskammer momentan in der beratenden Funktion. Sie übernimmt die Abwicklung der Förderverfahren mit den Ministerien. In den Anträgen gehe es vorrangig um den Ausgleich von Aufwuchsschäden. Hier käme es teilweise zu Summen unterhalb der Bagatellgrenze der Soforthilfe aber auch zu Summen im Millionenbereich. Die Landwirtschaftskammer sei sich bewusst, dass die Landwirtschaft eine Rolle im Hochwasserschutz übernehmen muss. Hochwasserschutz kann nur in der Fläche stattfinden, so Herr Brockerhoff. Die Landwirte müssten in dem Prozess mitgenommen und sensibilisiert werden gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen. Auf eine Frage aus dem Publikum bezüglich der Belastung der Gewässer und der damit einhergehenden Unsicherheiten der Ernte, antwortet Herr Brockerhoff: „Die untere Bodenschutzbehörde kümmert sich um das Thema. Die Bodenuntersuchungen laufen aktuell noch.“ Es habe außerdem klare Angaben gegeben, wo eine Ernte stattfinden durfte und wo nicht. Das LANUV habe bei Untersuchungen des Ernteguts keine Belastung feststellen können.



v.l. Rainer Imkamp, Heinrich Brockerhoff, Peter Deckers, Monika Frohn und Erik Flügge. Foto: Daamar Berens; Medienzentrum Euskirchen

Nachdem die Wirtschaft ihre Lage geschildert hat gaben Vertreter der Versorgungsinfrastruktur Impulse uns standen für Fragen zur Verfügung. Beteiligt an dieser Diskussionsrunde waren Markus Böhm, e-regio GmbH und Co. KG, Dr. Frank Schmidt, Telekom Deutschland GmbH und Dr. Norbert Reinkober, Nahverkehr Rheinland GmbH.

Herr Böhm hebt hervor, dass das gesamte Versorgungsgebiet betroffen war. Dabei mussten manche Gebiete sogar vom Netz getrennt werden. Zwei von drei Wasserwerken seien in der Nacht komplett ausgefallen und ein Unternehmensstandort in Kall sei selber auch betroffen gewesen. Die Erstsicherung habe bis einschließlich Sonntag nach der Flut gedauert. Danach wurde intensiv daran gearbeitet die Versorgungssituation wiederherzustellen. Ein paar Monate nach der Flut gehe es vor allem um das Zusammenspiel zwischen Schnelligkeit und sinnvoller Anpassung des aktuellen Netzes. Bis auf 10 Objekte seien aber erst einmal alle wieder an das Netz angeschlossen. Momentan stehe die Wiederherstellung der zerstörten Anlagen in den Häusern im Fokus. Dabei gestaltet sich vor allem das Thema der Ölheizungen als ein großes Problem, so Böhm. Die Anlagen seien in der Flut ausgelaufen und verschmutzen nun die Häuser. Positiv zu vermerken sei aber, dass es bislang 800 Anträge auf Neuanschlüsse für Gas gebe. Das ist laut Böhm mehr als 50% der normalen Jahresanfragen. 700 dieser Anschlüsse wurden bereits installiert und die anderen 100 sollen noch vor Weihnachten umgesetzt werden.

Bei der Telekom kam es zu Beginn zu ähnlichen Schwierigkeiten. Über 100.000 Anschlüsse haben nicht mehr funktioniert, schildert Herr Dr. Schmidt. Er plädiert dafür, dass Telekommunikationsunternehmen bei Katastrophenübungen mitgedacht werden sollten. Die Kommunikation und die Zuständigkeiten seien nicht deutlich geklärt. Das müsse sich in Zukunft verbessern. Weiter sagt Herr Dr. Schmidt, dass es

nicht das Ziel der Telekom sein könnte 100 % krisensicher aufgestellt zu sein. Es werde keine 100%ige Sicherheit geben, man könne aber die Reaktionsfähigkeit erhöhen. Dennoch sollen Technikstandorte sinnvoll wiederaufgebaut werden. Dabei werden offensichtliche Bedrohungen beachtet und minimiert. Als großen Vorteil betont Herr Dr. Schmidt, dass die zerstörten Leitungen nicht mit Kupfer wiederhergestellt werden. Die Glasfasertechnik sei resilienter, deshalb werden nicht nur Orte erneuert an denen das Wasser stand, sondern ganze Bereiche werden an das Glasfasernetz angeschlossen. Im Kreis Euskirchen beträfe dies etwa 15.000 Haushalte. Es sei auch weiterhin sehr wichtig die Bürger zu sensibilisieren, dass Glasfaser wichtig sei um einen zukunftsfähigen Standort zu schaffen, da deren schriftliches Einverständnis Voraussetzung für einen neuen Anschluss sei.

Herr Dr. Reinkober berichtet, dass insgesamt 600 Kilometer Schiene zerstört wurden. Es wurden bislang viele Provisorien entwickelt um den Verkehr aufrecht zu erhalten. Es wurden Schienenersatzverkehre eingerichtet, bei dem Busse aus dem gesamten Bundesgebiet in NRW eingesetzt sind. Die Bahnstrecken sollen wie folgt wiederaufgenommen werden:

- Rheinbach- Euskirchen, bis Juli 2022
- Euskirchen – Bad Münstereifel, Ende 2023
- Euskirchen – Mechernich, April 2022
- Mechernich – Kall, Juni 2022
- Kall – Landesgrenze, Ende 2023

Priorität hat laut Herr Dr. Reinkober die Inbetriebnahme der Strecken. Danach soll es dann schnell an die Elektrifizierung gehen. Ein zweigleisiger Ausbau im Bereich Kall-Urft werde nicht stattfinden. Die Priorität liege darin die Strecke schnellstmöglich wieder befahrbar zu machen und dann die Frequenz des Verkehrs zu erhöhen.



Dr. Bernd Bucher. Foto: Dagmar Berens; Medienzentrum Euskirchen

Als Letztes berichten Herr Dr. Bernd Bucher, Erftverband und Herr Bürgermeister Rudolf Westerburg, Gemeinde Hellenthal, über die laufenden Arbeiten des Hochwasserschutzes. Der Erftverband ist laut Herr Dr. Bucher immer noch mit dem Beseitigen der Schäden beschäftigt. Die Kläranlagen haben die volle Reinigungsleistung aber schon wieder erreicht. Auch bei dem Verband wird an Wiederaufbauplänen gearbeitet, da auch hier große Schäden an Standorten aufgetreten seien. Der Erftverband ist laut Dr. Bucher aktuell in Gesprächen weitere Rückhalteräume zu übernehmen. Im Gespräch seien die Steinbachtalsperre in Euskirchen und der Mühlensee in Mechernich-Kommern. Weiterhin seien Renaturierungen von Flüssen und Bächen notwendig und sinnvoll für den Hochwasserschutz und müssen wie geplant weitergeführt werden. Die Gewässer sollen nicht mit Gewalt wiederhergestellt werden sondern in sinnvolle und natürlich Wege geleitet werden. Der Erftverband hat die Rolle der Moderation für die Hochwasserschutzkonzepte übernommen und will so dauerhaft an Lösungen arbeiten, so Herr Dr. Bucher.

Im Südkreis wird auch an Konzepten und Maßnahmen zum Hochwasserschutz gearbeitet, so Bürgermeister Westerburg. Auch hier wird gewünscht, dass der Wasserverband Eifel-Rur die Moderation übernimmt. Das Fördergeschäft ist

laut Bürgermeister Westerburg für die Kommunen immer noch schwierig, daher bittet er die Bezirksregierung die Grundlagen anzupassen. Herr Dr. Jaeckel steigt ein und betont, dass die Bezirksregierungen „Ermöglichungsbehörde“ werden soll, was das Thema Hochwasserschutz angeht. Mit diesem motivierenden Statement von Herrn Dr. Jaeckel endet der Fachdialog.

Zum Schluss gibt Achim Blindert, Allgemeiner Vertreter des Landrats noch einen Ausblick auf die Zukunft. Er betont, dass der Kreis Euskirchen die Kommunen und Bürger weiterhin unterstützen wird. Die Beratung privater Haushalte werde bis Mitte 2023 aufrechterhalten. Auch das Thema Objektschutz und Energieberatung soll ausgebaut werden. Der Hochwasserschutz sollte in Zukunft im Regionalplan verankert werden, sodass in gefährdeten Gebieten keine neuen Bauflächen mehr ausgewiesen werden. Ein zukunftsfähiger Wiederaufbau müsse im Fokus stehen und auch in die Strategieentwicklung einbezogen werden.

Mit dankenden Worten verabschiedete Landrat Markus Ramers die Gäste. Im Anschluss an die Veranstaltung nutzten die Teilnehmenden die Gelegenheit zum Austausch untereinander und konnten an einer Stadtführung durch Bad Münstereifel teilnehmen.



Landrat Markus Ramers und Dr. Fritz Jaeckel bei der Verabschiedung. Foto: Dagmar Berens; Medienzentrum Euskirchen